



über die 1. Sitzung  
des Jugendhilfeausschusses  
am Dienstag, dem 16. März 2004  
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Dyduch  
Frau Jung  
Frau Lungenhausen  
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Frau Jacobsmeier  
Frau Scharrenbach  
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Bucek

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann  
Herr Kaczmarek  
Herr Maidorn  
Herr Theis  
Herr Töpfer

Beratende Mitglieder

Herr Goecke  
Herr Kampmann  
Herr Krampe  
Herr Ritter  
Herr Treese

Verwaltung

Herr Brüggemann  
Herr Dunker  
Frau Krippner-Höhn  
Herr Peske

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch  
Herr Brumberg  
Herr Büchel  
Frau Diester  
Herr Hinterseer  
Frau Dr. Krumme  
Frau Lübke  
Herr Milewski  
Herr Suk  
Herr Wecker

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die anwesende Presse und übermittelte Grüße des ehemaligen, inzwischen in den Ruhestand verabschiedeten Leiters des Arbeitsamtes Kamen Herrn Dieter Kalle.

Frau Dyduch erklärte, dass das Protokoll der letzten Sitzung aufgrund eines Personalwechsels im Sachgebiet und aus organisatorischen Gründen verspätet übersandt wurde. Danach stellte sie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht, so dass nach der nachfolgenden Tagesordnung verfahren wurde.

## **A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Job-Center Jugend Bericht der Agentur für Arbeit, Hamm, Geschäftsstelle Kamen, Herr Stefan Goecke hier: Antrag der CDU-Fraktion	
2.	Kooperationsvereinbarung mit der Ev. Kirchengemeinde zu Kamen-Heeren-Werve zur Offenen Jugendarbeit - Erfahrungsbericht durch Herrn Pfarrer Herbert Ritter	
3.	Ferienfreizeit für Kinder und Jugendliche in Ängelholm/Schweden	26/2004
4.	Ergebnisse der Elternbefragung in den Kindertageseinrichtungen	31/2004
5.	Flexible Öffnungszeiten an Kamener Kindertageseinrichtungen hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 09.02.2004	33/2004
6.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Job-Center Jugend  
Bericht der Agentur für Arbeit, Hamm, Geschäftsstelle Kamen, Herr  
Stefan Goecke  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Goecke** berichtete über die Arbeit des Job-Centers.

Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ergänzend zur Präsentation teilte Herr Goecke den Ausschussmitgliedern mit, dass auch über 25-jährige Berufssuchende weiter betreut würden, um sie nicht an eine andere Vermittlungsstelle überweisen zu müssen. Bisher wurden 2.650 Beratungsgespräche geführt.

Frau **Lungenhausen** und Herr **Ritter** erkundigten sich, wie viel der 871 Angebote von den Jugendlichen tatsächlich angenommen wurden.

Herr **Rickwärtz-Naujokat** fragte an, wie viel Jugendliche, die in Maßnahmen vermittelt wurden, auch tatsächlich die Arbeit aufgenommen haben.

Herr **Goecke** erklärte daraufhin, dass vermittelte Jugendliche nicht weiter betreut würden. Es gäbe allerdings seitens des Gesetzgebers die Möglichkeit der Nachbetreuung.

Herr Pfarrer **Ritter** regte an, eine Rückmeldungspflicht für die Jugendlichen einzuführen, um ganz klar erkennen zu können, ob die Vermittlung Erfolg gehabt habe. Fehlendes Zahlenmaterial seien ein Knackpunkt im System.

Frau **Bucek** erkundigte sich, worauf die hohe Zahl der Meldeversäumnisse zurückzuführen sei.

Herr **Goecke** führte das auf die Nachlässigkeit der Jugendlichen zurück.

Herr **Theis** fragte, wie viel weibliche und männliche Jugendliche betreut würden und ob Daten über die Staatsangehörigkeit vorliegen würden.

Herr **Goecke** gab an, dass derzeit 155 weibliche und 251 männliche Jugendliche betreut würden. Darunter befänden sich 46 Ausländer und 5 Spätaussiedler.

Frau **Scharrenbach** äußerte ihre Sorge über die Jugendlichen, bei denen erhebliche Vermittlungsschwierigkeiten bestehen und regte an, in einer gemeinsamen Sitzung Schul- und Sportausschuss / Jugendhilfeausschuss und/oder an einem „Runden Tisch“ diese Probleme intensiv zu diskutieren.

Auf die Frage von Frau **Lungenhausen**, ob das Job-Center weiterhin mit der Werkstatt Unna kooperiere, gab Herr **Goecke** an, dass das Job-Center mit allen Bildungseinrichtungen zusammenarbeite.

Dann interessierte sich Frau **Lungenhausen** für die Arbeitsweise der Berufsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit und des Job-Centers und gab zu Bedenken, dass nicht alle Jugendlichen, die keinen Job finden, schlechte Schulleistungen vorzuweisen haben.

Herr **Goecke** wies darauf hin, dass das Job-Center nicht die Bundesagentur für Arbeit sei und man sich dort z.B. auch nicht arbeitslos melden könne, da mit unterschiedlichen PC-Systemen gearbeitet werde und ein Datenaustausch noch nicht möglich sei.

Es sei die Schaffung eines großen Job-Centers angedacht, das dann auch für den Erwachsenenbereich zuständig sei. Details könnten allerdings ohne Kreisentscheidung noch nicht genannt werden.

Die schulischen Leistungen der Jugendlichen bereiteten die größten Probleme bei der Vermittlung. Die Ausbildungsinhalte seien schwieriger geworden und die Arbeitgeber achteten sehr auf die mathematischen und sprachlichen Leistungen. Mangelhafte Noten in den Fächern Mathematik und Deutsch und auch unentschuldigte Fehltage führten oftmals dazu, dass Jugendliche gar nicht erst zu Vorstellungsgesprächen eingeladen würden, da sich die Ausbildungsbetriebe aus Zeitmangel und aus zum Teil fehlendem sozialen Bewusstsein nicht in der Lage sähen, die schulischen Defizite auszugleichen. – Bei einigen Jugendlichen müsse die „Ausbildungsfähigkeit“ durch psychologische Gutachten festgestellt werden.

Herr **Kampmann** machte deutlich, dass auch der Sportunterricht in den Schulen sehr wichtig sei. Außerdem sollten die Schulen gute Kontakte zu den Ausbildungsbetrieben pflegen. Seiner Erfahrung nach sei die Bereitschaft zur Ausbildung wohl da, allerdings gäbe es zu wenig Ausbildungsplätze. Herrn Kampmann interessierte auch der Anteil der Jugendlichen, die aus der Schule für Lernbehinderte kommen und ob diese eventuell die Hauptgruppe der schwer vermittelbaren Jugendlichen ausmachten.

Herr **Goecke** sagte, dass Lernbehinderte durchaus mit normalen Jugendlichen verglichen werden könnten. Deren Stärken lägen in anderen Bereichen. Außerdem werde die Vermittlung Lernbehinderter vom Bereich Rehabilitation abgedeckt und der Gesetzgeber böte noch andere Hilfestellung an.

Wichtig seien für alle Schüler zum ersten Kennenlernen des beruflichen Lebens die sogenannte Betriebspraktika.

Herr **Kaczmarek** erklärte, die Ursachen und Konsequenzen der Jugendarbeitslosigkeit seien seit 10 bis 15 Jahren bekannt und haben nunmehr eine neue Dramatik erreicht.

Er sei skeptisch was den „Runden Tisch“ angehe. – Ursachenbekämpfung müsse in der Schule beginnen. Schon während der Schulzeit müssten die Jugendlichen stärker mit dem Arbeitsleben vertraut gemacht werden. Außerdem sollten die Kompetenzen der Jugendhilfe stärker mit einbezogen werden.

Frau **Scharrenbach** sprach sich für eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „Kooperation Schule/Jugendhilfe“ aus.

Weiterhin meinte sie, dass Schulmüdigkeit mit daraus resultierendem Leistungsabfall schon frühzeitig erkannt werden könne.

Frau **Dyduch** äußerte sich besorgt über den Anstieg der Arbeitslosigkeit bei jungen Frauen. Da bestünde die Verpflichtung zur Diskussion.

Frau **Scharrenbach** erwiderte, Diskussionsansätze gäbe es bereits. Allerdings hätten sich die Jugendlichen verändert und die Eltern stünden nicht mehr so dahinter. Sie bedauerte auch die Kürzung des Zuschusses für die Werkstatt Unna. Die gesamte Problematik Schule/Ausbildung könne auch in einer Stadtkonferenz erörtert werden.

Herr **Kaczmarek** bemerkte, dass im Bereich Job-Center und im Kindergarten- und Spielplatzbereich eine Menge getan würde.

Abschließend appellierte Herr **Goecke** eindringlich an die Ausbildungsbetriebe, doch bitte Ausbildungsplätze zu schaffen, ansonsten gäbe es in Kamen bald massive Probleme in Form von Gewalt, Alkohol- und Drogenmissbrauch.

## Zu TOP 2.

Kooperationsvereinbarung mit der Ev. Kirchengemeinde zu Kamen-Heeren-Werve zur Offenen Jugendarbeit  
- Erfahrungsbericht durch Herrn Pfarrer Herbert Ritter

In seinem Erfahrungsbericht führte Herr Pfarrer **Ritter** aus, dass die Kooperation mit viel Zaudern begonnen habe und durch die Kürze der Zeit des Bestehens noch nicht so viele Ergebnisse vorlägen. Da durch die Kooperation zwei unterschiedliche Systeme – die Ev. Kirchengemeinde Heeren-Werve und das Jugendzentrum Heeren – zugunsten der Käthe-Kollwitz-Schule zusammengeführt wurden, und „Fremde“ ins Haus gekommen seien, sei einiges an Übergangsarbeit geleistet worden. Die Annäherung der Jugendlichen untereinander sei sehr vorsichtig vonstatten gegangen – Probleme ergaben sich insbesondere durch den Alkoholkonsum einiger Jugendlicher und durch unterschiedliche Vorlieben im Musikbereich - doch profitierten inzwischen beide Seiten voneinander und er sei nunmehr sehr froh, diesen Schritt gewagt zu haben. Ausschlaggebend für den sich jetzt schon abzeichnenden Erfolg der Kooperationsvereinbarung sei die Zusammenarbeit zwischen der Jugendreferentin der Ev. Kirchengemeinde Heeren-Werve, Frau Christina Pfingsten, und den Mitarbeitern des ehemaligen Jugendzentrums Heeren-Werve, Frau Nesrin Sarsar und Herrn Ralf Blaschke, die inzwischen ein eingeschworenes Team seien. Frau Pfingsten obliegt die Koordination des Jugendheimes, Frau Sarsar und Herr Blaschke sind verantwortlich für die Gruppenarbeit. Herr Pfarrer Ritter sprach sich ausdrücklich für die Fortsetzung der Kooperation aus, machte aber deutlich, dass er den Fortbestand auch an den Personen der Frau Sarsar und des Herrn Blaschke festmache. Das Angebot der Ev. Kirchengemeinde werde durch einen Flyer deutlich dargestellt. Ab April solle die inhaltliche Arbeit durch weitere kulturelle Annäherung ausgeweitet werden.

Herr Pfarrer Ritter ist der Meinung, dass das Pilotprojekt einen vordergründig guten Erfolg zeige. Man habe die Reibungsflächen im Blick, werde seine Konzentration allerdings auf die inhaltliche Arbeit richten. In Zukunft werde man allgemein über Kooperationen und deren Auswirkungen nachdenken müssen, da die Finanzen wegbrechen.

Frau **Bucek** äußerte sich sehr lobend über die Kooperation und bat ausdrücklich darum, ihr Lob an die Mitarbeiter/innen weiterzugeben.

Auf ihre Frage, ob Jugendliche nach der Übersiedlung aus dem Jugendzentrum in die Räume der Ev. Kirchengemeinde weggeblieben seien, antwortete Herr **Ritter**, dass Jugendliche von beiden Seiten - allerdings in nur sehr geringer Zahl - verloren gegangen seien, sich aber doch zum Teil gelegentlich im Evangelischen Jugendheim einfänden.

Herr **Dunker** führte aus, dass aus kommunaler Sicht die ehemaligen Besucher des Jugendzentrums Heeren zu regelmäßigen Besuchern des Ev. Jugendheimes geworden seien. Die städtischen Mitarbeiter böten im Rahmen der Bildungs- und Gruppenarbeit eine sinnvolle Beschäftigung für einige Besucher des früheren Jugendzentrums an.

Zu TOP 3.

26/2004

Ferienfreizeit für Kinder und Jugendliche in Ängelholm / Schweden

Die Mitteilung über die diesjährige Kinder- und Jugendfreizeit in Ängelholm / Schweden wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4.

31/2004

Ergebnisse der Elternbefragung in den Kindertageseinrichtungen

Frau **Scharrenbach** war der Meinung, dass die durchgeführte Elternbefragung eine gute Grundlage für die Bedarfsplanung und Fortschreibung des Kindergartenbedarfsplanes sei und gleichzeitig über flexible Maßnahmen nachgedacht werde. So wäre es sinnvoll, die Erzieherinnen im Hinblick auf entstehende kleinere altersgemischte Gruppen, im Bereich der Säuglingspflege, auszubilden.

Sie merkte ergänzend an, dass Erziehung in erster Linie Elternsache sei und eine sog. Erziehungspartnerschaft zwischen Kindertageseinrichtungen und Eltern bestehen sollte.

Herr **Kaczmarek** machte deutlich, dass durch veränderte Arbeitswelten und Familienformen sowie die zunehmende Berufstätigkeit der Mütter flexible Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen unabdingbar seien und die Träger die Bereitschaft zur Flexibilität zeigen müssten. – Die hohe Anzahl der zufriedenen Eltern seien ein Gewinn für die Tageseinrichtungen.

Herr **Ritter** legte dar, dass die Finanzierung der Betreuung der unter 3-jährigen mit der Umsetzung des Hartz IV-Konzeptes zusammen hänge, und deshalb zurzeit noch nicht möglich sei. Auch er ist der Überzeugung, dass Veränderungen unbedingt notwendig seien. Bei allen Planungen solle man bedenken, dass Kindertageseinrichtungen keine Verwahranstalten seien und einen Erziehungsauftrag zu erfüllen haben.

Frau **Scharrenbach** fragte an, inwieweit die Bildungsvereinbarung in den Kindertageseinrichtungen umgesetzt werde.

Herr **Ritter** legte dar, dass durch die per Gesetz gekürzten Sachkostenausgaben der Bildungsauftrag kaum erfüllt und Bildung nicht vermittelt werden könne. Auch die personelle Ausstattung könne den Bildungsauftrag nicht erfüllen.

Frau **Jacobsmeier** plädierte für vorrangige Vergabe von Kindergartenplätzen für Alleinerziehende.

Herr **Peske** legte dar, dass die Tageseinrichtungen in freier Trägerschaft stehen und deren Aufnahmekriterien zu berücksichtigen seien.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass bei den Aufnahmekriterien der Kindertageseinrichtungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Berücksichtigung von Alleinerziehenden Priorität haben solle.

Herr **Ritter** erläuterte, dass die Vergabe der Kindergartenplätze unter die Trägerhoheit falle und unterschiedlich gehandhabt werde. Grundsätzlich würden Plätze nach dem Geburtsjahr, der jeweils 26. und 27. Platz einer Gruppe nach sozialen Gesichtspunkten vergeben. Erforderlich sei auch die Betreuung älterer Kinder in den Tageseinrichtungen.

Frau **Lungenhausen** hofft auf ausreichende Fördermittel für die Betreuung der unter 3-Jährigen.

Herr **Ritter** erklärte, dass es diese Betreuungsform schon gäbe, und zwar handele es sich hierbei um die sogenannten Wichtelgruppen, deren Etat trotz aller Sparmaßnahmen nicht gekürzt worden sei. Wünschenswert sei die Ausweitung der bestehenden Gruppen und eine zusätzliche Qualifizierung der Betreuer.

Zu TOP 5.

33/2004

Flexible Öffnungszeiten an Kamener Kindertageseinrichtungen  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 09.02.2004

Frau **Scharrenbach** zog den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

6.1 Mitteilungen der Verwaltung

6.1.1 Herr **Peske** gab bekannt, dass mit dem Umbau der Spielflächen mit dringendem Erneuerungsbedarf im Zusammenhang mit Beschäftigungsmaßnahmen, die aus dem Stadterneuerungsprogramm gefördert werden, nunmehr in Kürze begonnen wird.

6.1.2 Herr **Peske** berichtete über die Aktivitäten des Fördervereins für Jugendhilfe e.V. Neben den bereits begründeten Beschäftigungsverhältnissen und der durch den Lionsclub finanzierten Maßnahme für einen Streetworker, der als Ansprechpartner für vor allem jugendliche Migranten in der Nordstadt tätig sein soll, berichtete er über eine in Vorbereitung befindliche Maßnahme, die gemeinsam mit der Schuldnerberatung, den Jugendzentren und der Hauptschule geplant ist. Hier geht es insbesondere um die Verschuldung von Kindern und Jugendlichen durch Handyverträge, die ein erschreckendes Ausmaß angenommen hat. Ferner wurde die Möglichkeit der Kooperation im Bereich der offenen Ganztagsgrundschule angesprochen. Hier soll jedoch zunächst den freien Trägern der Vorrang gegeben werden.

6.1.3 Herr **Dunker** teilte mit, dass die Besucher des JKC von Dienstag bis Donnerstag verlängerte Öffnungszeiten wünschen. Zur Zeit sei das JKC an diesen Tagen bis 18.00 Uhr geöffnet, eine Verschiebung auf 20.00 Uhr soll ab sofort vorgenommen werden.

6.2 Anfragen

**Frau Scharrenbach** erkundigte sich nach dem Stand der geplanten Errichtung einer Skater-Anlage in Heeren.

Herr **Dunker** erwiderte, dass das Projekt nicht weiter verfolgt werde, da die dieses Projekt initiiierenden Jugendlichen nicht mehr zur Verfügung stünden und nicht mehr für das Jugendamt erreichbar seien. Die schon zur Disposition stehenden Mittel (ca. 200,00 €) könnten einer caritativen Einrichtung zur Verfügung gestellt werden.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass eine Verwendung auch eventuell im Bereich des Jugendamtes denkbar sei.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Dyduch  
Vorsitzende

gez. Peske  
Schriftführer